

«Ein Abschiedsgeschenk an Novartis, Ciba, Roche und Co.»

Der Basler FDP-Nationalrat Johannes Randegger hat in seiner letzten Session einen Vorstoss eingereicht, um den Schutz des Trinkwassers aufzuweichen.

Von **Felix Maise, Basel**

In der Dezembersession verabschiedete sich Johannes Randegger nach elf Jahren Mitgliedschaft aus dem Nationalrat. Unmittelbar vor seinem Ausscheiden reichte der ehemalige Ciba-Geigy- und Novartis-Manager seinen letzten parlamentarischen Vorstoss ein. In einer Interpellation fordert er den Bundesrat auf, den Artikel 9 der Altlastenverordnung abzuändern. Dieser Artikel regelt den Schutz des Trinkwassers vor Altlasten und legt fest, dass «ein belasteter Standort sanierungsbedürftig ist, wenn bei Grundwasserfassungen, die im öffentlichen Interesse liegen, vom Standort stammende Stoffe festgestellt werden».

Trinkwasser für 200 000 Menschen

Solche Stoffe haben Untersuchungen von Greenpeace und offiziellen Stellen im Grundwasser bei ehemaligen Chemiemülldeponien in der Gemeinde Muttenz sowie im Trinkwasser aus dem benachbarten Hardwald vor den Toren Basels nachgewiesen. Über 200 000 Menschen in und um Basel beziehen ihr Trinkwasser aus der Hard. Für Greenpeace und das «Fo-

rum besorgter TrinkwasserkonsumentInnen» ist klar, dass die Verunreinigungen aus den ehemaligen Deponien der Basler Chemiefirmen stammen. Auch das Baselbieter Amt für Umweltschutz bestätigte letzten Sommer, dass zumindest eine der Muttenzer Deponien auf Kosten der Verursacher saniert werden muss.

Toleranzwerte statt absoluter Schutz

Mit der jetzt vorgeschlagenen Verordnungsänderung will Randegger, der sich im Auftrag der Chemie als Geschäftsführer der Interessengemeinschaft Deponiesicherheit um die Altlasten kümmert, dies verhindern. Gemäss seinem Vorschlag dürften Deponien das Trinkwasser künftig bis zu einem gewissen Grad verschmutzen. Er rät dem Bundesrat, im entsprechenden Artikel der Altlastenverordnung neu Grenzwerte einzuführen und über die Notwendigkeit einer Sanierung und die dazu notwendigen Vorabklärungen erst nach einer «realistischen Einschätzung des mit den gefundenen Stoffen verbundenen Risikos für Mensch, Tier und Umwelt» zu entscheiden. Im Fall des Trinkwasserschutzgebiets Hardwald müsste also nur weiter untersucht und allenfalls saniert werden, wenn ein Gesundheitsrisiko vorliegt.

Auf Grund einer vorläufigen Einschätzung haben sowohl das kantonale Laboratorium Baselland wie auch das Bundesamt für Gesundheit eine Gesundheitsgefährdung durch die im Trinkwasser nachgewiesenen Stoffe verneint. Allerdings ohne die gefundenen, unbekanntenen Chemikalien toxikologisch bewertet zu haben.

Käthi Aellen, Präsidentin des chemiekritischen Trinkwasser-Forums, kann Johannes Randeggers Vorstoss wenig abgewinnen. «Da hat der Chemie- und Pharmalobbyist doch einfach Novartis, Ciba, Roche und Co. ein Abschiedsgeschenk gemacht», kritisiert sie. «Weil inzwischen klar ist, dass die Deponien nicht nur das Grundwasser, sondern auch das Trinkwasser verschmutzen, versucht er einen Weg zu finden, um den Chemiefirmen die teure Sanierung ihrer Altlasten zu ersparen. Für mich ist der Vorstoss auch das Eingeständnis, dass die im Trinkwasser der Hard gefundenen Schadstoffe tatsächlich aus den Chemiedeponien stammen.»

Vermeiden «unnötiger» Kosten

Randegger sieht das anders. Für ihn geht es darum, mit der Einführung von Grenzwerten und der Vorausabklärung des Risikos unnötige Kosten in Millionenhöhe zu verhindern, welche die Umweltsituation nicht effektiv verbessern würden. Die unbedingte Sanierungspflicht auch beim Nachweis von nur geringen Schadstoffmengen hält er für unsinnig. «Meine Interpellation ermöglicht es», so Randegger, «dass über diese Frage jetzt öffentlich diskutiert und entschieden wird.»

Der Basler SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner hingegen sieht im Vorstoss einen Wortbruch: «Statt dass die Chemie- und Pharmamultis wie öffentlich versprochen ihre Verantwortung wahr nehmen und ihre Altlasten endlich sanieren, versuchen sie das Gesetz zu ändern, das sie zur Sanierung verpflichtet.»